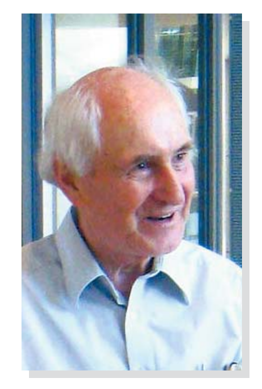
Erklärung des Bundesausschusses der VVN-BdA

Schluss mit der Diffamierung unseres Verbandes!

Bayern ist neben Baden Württemberg das einzige Bundesland, in dem das Landesamt für Verfassungsschutz die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) beobachtet, im jährlichen Verfassungsschutzbericht als »linksextremistisch beeinflusst« diffamiert und als verfassungsfeindlich stigmatisiert.



Werden vom Verfassungsschutz verumglimpft: Heinrich Fink ...

Unlängst hat das zuständige Finanzamt der VVN-BdA in Bayern die Gemeinnützigkeit aberkannt, mit der Begründung, sie werde im Verfassungsschutzbericht erwähnt.

Die VVN wurde 1947 von Überlebenden der Konzentrationslager und des Antifaschistischen Widerstand gegründet, um im Sinne des Schwurs der Häftlinge von Buchenwald (»Die Vernichtung des Faschismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung, der Aufbau einer Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel«) zu wirken. Eine Lehre aus der Geschichte war für unsere Organisation, überparteilich und konfessionell ungebunden einen antifaschistischen Grundkonsens zu verteidigen, der damals im Grundgesetz verankert wurde. Dieses Grundgesetz entstand unter dem Eindruck des unter großen Opfern beendeten 2. Weltkriegs und als Gegenentwurf zum soeben überwundenen faschistischen Terrorregime.

Deshalb enthält das Grundgesetz klare antifaschistische Grundpositionen:

Im Vordergrund stehen Demokratie, Menschenrechte, Meinungs- Versammlungs- und Koalitionsfreiheit. Das Verbot jeder Diskriminierung aus rassischen, religiösen, weltanschaulichen oder andern Gründen ist im Grundgesetz ebenso festgeschrieben wie das Verbot von Angriffkriegen.

In Artikel 139 sind die alliierten Bestimmungen zum Verbot der NSDAP und möglicher Nachfolgeorganisationen und -parteien eindeutig bestätigt.

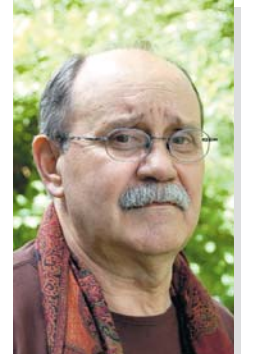
In diesem Sinne tritt die VVN-BdA entschieden ein für das Verbot der NPD und der in ihrem Sog sich bewegender Gruppen, Organisationen und Kameradschaften, die immer offener und gewalttätiger auftreten.

Für dieses und die anderen Ziele des Grundgesetzes setzt sich die VVN-BdA seit ihrer Gründung unermüdlich ein; sie verteidigte diese Verfassung immer wieder gegen Einschränkungen der Grundrechte.

Der Verfassungsschutzbericht 2010 des Bayrischen Landesamtes für Verfassungsschutz diffamiert dieses Engagement als »linksextremistisch beeinflusst«



Ernst Grube ...



Ulrich Sander

und bedient sich dabei in der Sache haltloser Unterstellungen. Substantielle Hinweise auf »verfassungsfeindliche« oder gar strafrechtlich relevante Handlungen oder Haltungen der VVN-BdA enthält der Bericht nicht, dafür aber personenbezogene Angriffe. So werden ein Bundesvorsitzender, ein Bundessprecher des Verbandes und ein Landesvorsitzender der VVN-BdA in Bayern in dem Bericht namentlich genannt.

Wir fordern

- die Einstellung der Beobachtung der VVN – Bund der Antifaschisten durch das Bundesamt für Verfassungsschutz und die Landesämter in Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig Holstein
- die unverzügliche Streichung der VVN/BdA aus dem Verfassungsschutzbericht 2010 des Bundeslandes Bayern
- die Wiederherstellung der Gemeinnützigkeit der VVN-BdA Bayern
- eine Entschuldigung der Landesregierung Bayern bei den im Bericht namentlich genannten Personen

Magdeburg, 4. Sept. 2011

Treffen zur Geschichtsarbeit der VVN-BdA

Unter anderem am 8. Oktober in Kassel

Gemäß der Beschlussfassung des Bundesausschusses werden alle Landesverbände und aktiven Kreis- und Basisorganisationen der VVN-BdA zu einem Aktiventreffen zur Geschichtsarbeit eingeladen.

Termin: Samstag, den 8. Oktober, 11 bis 16 Uhr. Ort: Kassel, im Cafe Buch-Oase, Germaniastraße, Tagesordnungsvorschlag:

1. Impulsreferat „Thesen zu aktuellen Streitpunkten der Geschichts- und Gedenkstättenarbeit“
2. Diskussionsrunde I zu den Thesen und zu praktischen Erfahrungen der Geschichtsarbeit in Kreisen und Ländern
3. Diskussionsrunde II zur Verabredung konkreter Arbeitsvorhaben zur Geschichtsarbeit im Rahmen der VVN-BdA
4. Abschluss: Handlungsempfehlungen (für die Bundesebene) und Debattenbedarf

Die Tagung ist verbandsöffentlich, wobei die Kosten für die Teilnahme zu Lasten der entsendenden Kreise und Länder geht.

Wegen der Vorbereitung von Materialien und Verpflegung bitte unbedingt bis 4. Oktober Teilnahme im Bundesbüro anmelden.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), Bundesvereinigung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel.: +49 (0)30-29784174, Fax.: +49 (0)30-29784179, E-Mail: bundesbuero@vvn-bda.de www.vvn-bda.de

Einladung zum Seminar »Einsteiger«

Zur Vermittlung von Grundzügen der Politik der VVN-BdA finden »Einsteiger«-Seminare statt, und zwar in Buchholz/Nordheide am 7.-9. Oktober 2011, Wohn- und Fe-

(Fortsetzung auf Seite 2)



Entschädigung aller NS-Opfer jetzt!

Keine Staatenimmunität für NS-Kriegsverbrechen!

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag verhandelt vom 12. September an über eine Klage Deutschlands, die zum Ziel hat, Entschädigungsansprüche von griechischen und italienischen NS-Opfern endgültig abzuwehren.

Dieser Prozess ist nicht nur für alle Opfer von NS-Verbrechen von großer Bedeutung, er wird auch Auswirkungen auf Schadensersatzansprüche von Überlebenden heutiger Kriegsverbrechen haben. Seit Jahrzehnten verweigern bundesdeutsche Regierungen den Opfern von NS-Verbrechen in ehemals von Nazi-Deutschland besetzten Ländern Entschädigungsleistungen.

Die Überlebenden der Massaker von Distomo, Kalavryta, Civitella oder Marzabotto haben wie die meisten anderen Opfer von NS-Verbrechen niemals vom deutschen Staat eine Entschädigung erhalten. In Griechenland hat der Oberste Gerichtshof schon im Jahr 2000 die Ansprüche der Distomo-Opfer anerkannt. Italienische Gerichte haben entschieden, dass die

Vollstreckung auch in Italien möglich ist, in Form von Zwangspfändungen deutschen Staatseigentums. Aber dagegen ist die BRD vor den Internationalen Gerichtshof nach Den Haag gezogen.

Die Bundesregierung hat im. Dezember 2008 eine Klage gegen Italien angestrengt, um endgültig alle Entschädigungsprozesse und Vollstreckungsmaßnahmen jetzt und für die Zukunft zu stoppen. Die Bundesregierung versucht, den Internationalen Gerichtshof dafür zu missbrauchen, die Ansprüche der Opfer von NS-Verbrechen weiter zu torpedieren und die Unabhängigkeit der italienischen Gerichte außer Kraft zu setzen.

Deutschland muss zahlen

Angeblich habe die italienische Justiz die Staatenimmunität Deutschlands missachtet. Deutschland kann sich jedoch nicht auf Staatenimmunität berufen, weil das Privileg der Immunität für Verbrechen gegen die Menschheit, die Nazi-Deutschland begangen hat, nicht gilt. Dies hat der Kassationshof in Rom unmissverständlich dargelegt. Tatsächlich missachtet Deutschland die staatliche Souveränität Italiens, indem es Entscheidungen unabhängiger italienischer Gerichte unterläuft.

Die Klage in Den Haag ist der vorerst letzte Akt der Missachtung Deutschlands gegenüber den Überlebenden der NS-Verbrechen. Deutschland bricht mit der Missachtung der griechischen und italienischen Urteile vor aller Öffentlichkeit internationales Recht. Es darf angenommen werden, dass sich Deutschland mit seiner Klage auch für Auslandseinsätze der Bundeswehr wie in Afghanistan den Rücken frei halten will.

In Berlin hat der Landesverband der VVN-BdA erklärt: Wir möchten gemeinsam und solidarisch mit griechischen, italienischen, slowenischen und allen anderen Überlebenden der NS--Verbrechen für die Durchsetzung ihrer Rechte eintreten. Für die sofortige Entschädigung aller NS-Opfer! Keine Staatenimmunität für Kriegsverbrechen! Abweisung der Klage Deutschlands durch den Internationalen Gerichtshof!

Unter diesen Losungen fanden und finden in Berlin und Den Haag Solidaritätsaktionen statt. Die Initiative ging vom AK Distomo und AK Angreifbare Traditionspflege aus. **http://www.nadir.org/nadir/initiativ/ak-distomo/**

Neofa-Ausstellung
Aktuelle Termine und Bestellung



Die aktuellen Termine und Veranstaltungsorte der Ausstellung »Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland« wie immer unter: **http://neofa-ausstellung.vvn-bda.de/termine/**

Dort findet sich auch die Adresse, unter der die Ausstellung ausgeliehen werden kann.

Treffen zur Geschichtsarbeit der VVN-BdA

(Fortsetzung von Seite 1)

rienheim Heideruh e.V. und auf Burg Schney/Oberfranken, Franken-Akademie, Lichtenfels am 2.-4. Dezember 2011, Infos unter www.vvn-bda.de

Walter Kremer – Leben im Widerstand

Symposium anlässlich des 70. Jahrestages der Ermordung des Siegener Kommunisten Walter Krämer im KZ Buchenwald durch Angehörige der SS. Am Samstag, den 22. Oktober 2011 im KrönchenCenter in Siegen Es sprechen u.a. Günter Pappenheim, LAG Buchenwald; Dr. Ulrich Peters zum Thema »Wer die Hoffnung verliert, hat alles verloren« Kommunistischer Widerstand in Buchenwald, ferner Prof. Dr. Kurt Pätzold »Die Massengefolgschaft und die Einsamkeit der Widerstandskämpfer«

Veranstalter: VVN-BdA Siegerland-Wittgenstein, Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora e.V. Tagungsort: KrönchenCenter, Anmeldung bitte bis 12.10.2011 an vvn-bda@gh-siegen.de.

Seminar »Die Kinder des Widerstandes«

Die VVN-BdA NRW lädt ein zum Seminar „Die Kinder des Widerstandes“, bei dem sich die Kinder und Enkel der Zeitzeugengeneration beraten und über die Aufgaben in der Erinnerungsarbeit wie im aktuellen Kampf gegen den Neofaschismus austauschen.

Termin: 22.-23. Oktober 2011 im Naturfreundehaus Holzerbachtal, Solingen-Wald.

Information und Anmeldung: VVN-BdA NRW, Gathe 55, 42107 Wuppertal, nrw@vvn-bda.de

Konferenz zur Erinnerung an Reinhard Opitz

Die Konferenz »Demokratische Politikwissenschaft« zur Erinnerung an das Werk des marxistischen Sozialwissenschaftlers und Faschismusforschers Reinhard Opitz (1934-1986) veranstalten die VVN-BdA NRW und die Marx-Engels-Stiftung e.V. am 19./20. November 2011 in der Alten Feuerwache in Köln. Informationen und Anmeldung: VVN-BdA NRW, nrw@vvn-bda.de.

Gedenkstättenfahrt ins Moor

Anlässlich der neuen Gestaltung der Gedenkstätte fährt die VVN-BdA Leipzig vom 20. bis 22. Oktober nach Esterwegen. Begleitet wird die Reise von Prof. Hans Lauter, einem der letzten Überlebenden der Emslandlager. Die Gelegenheit wird auch genutzt, um die Gedenkstätte in Bergen-Belsen zu besuchen und in Bremen eine antifaschistischen Stadtrundgang zu unternehmen. Teilnehmerbeitrag 100 Euro pro Person, reduzierter Teilnehmerbeitrag 75 Euro (Schüler, Studenten, Jugendliche und ALGII-Empfänger). Verbindliche Anmeldung per Post an BdA Leipzig, Zschochersche Straße 21, 04229 Leipzig oder via Mail an bdaLeipzig@web.de

Das KZ der »Wunderwaffen«

Eindrücke von einem Besuch in der Gedenkstätte Mittelbau-Dora

Anfang Juli veranstaltete die VVN-BdA-Kreisvereinigung Bamberg eine Informationsfahrt in die »Mahn- und Gedenkstätte Mittelbau-Dora«. Das Konzentrationslager bei Nordhausen in Thüringen war vom NS-Regime als Produktionsstätte für die Raketen V 1 und V 2 angelegt und genutzt worden. Hier die Eindrücke einer Reiseteilnehmerin:

Nachdem Chaim, unser Begleiter in der Gedenkstätte, das jüdische Gebet für die Opfer der Shoa gesprochen hatte, betraten wir den im Berg befindlichen Teil der Gedenkstätte für die Opfer des Grauens, der Bestialität und der für uns Nachgeborene unvorstellbaren Verbrechen, die an diesem Ort in der Zeit von 1943 bis zur Befreiung 1945 begangen wurden.



Mahnmal von Jürgen v. Woyski.
Bilder: Günter Pierdzig

Der Berg empfing uns, wie er auch die Häftlinge empfing: sehr kalt, sehr nass und sehr dunkel. »Ein Ort zum Wahnsinnigwerden«, dachte ich und begann erschüttert die Erinnerungen von Überlebenden zu lesen, die in große Tafeln gemeißelt an der Wand im Stollen hängen.

Sie berichten von tausenden Menschen, die, zuerst ihres Mensch-Seins beraubt, nach unfassbaren Leiden auch ihres Lebens beraubt wurden. Tausende – bereits in den ersten Wochen, in denen diese Stollen von den Häftlingen in unvorstellbarem Elend zu einer Fabrik gemacht wurden, in der nach dem Willen der deutschen Faschisten die »Wunderwaffen« V1 und V2 produziert werden sollten, von denen sie sich die Wende im Krieg erhofften.

Unvergesslich bleibt vor allem der Teil der Stollen, in dem die Häftlinge am Beginn, also noch vor Beginn der Produktion, hausen mussten – in Dunkelheit, in Kälte, ohne Decken, ohne Wasser zum Trinken, ohne Wasser zum Waschen, praktisch ohne Toiletten,



Informationsgespräch über die Geschichte des Lagers.

krank, bis zum letzten Atemzug ausgebeutet, Opfer der zahllosen sadistischen Grausamkeiten der Faschisten.

Unvergessen bleiben auch die Tränen, die unser jüdischer Begleiter am »Aschegrab« des KZ Mittelbau-Dora in den Augen hatte. Hier befindet sich das, was die deutschen Faschisten von ihren Opfern übrig ließen: Die Asche der Gestorbenen, die neben dem Krematorium aufgeschüttet wurde.

Unsere Fahrt in die Gedenkstätte des KZ Mittelbau-Dora hat mir gezeigt, wie notwendig es ist, sich immer wieder zu erinnern. Dazu gehört für mich nach dieser Fahrt auch, sich immer wieder mit solchen Orten wie dem KZ Mittelbau-Dora zu konfrontieren.

Mir hat die Fahrt auf jeden Fall Kraft gegeben, alles zu tun, damit sich solche grausamen Verbrechen gegen die Menschlichkeit nie wiederholen. **Anja Bergmann**

OB soll auf Distanz gehen

Offener Brief der VVN-BdA Augsburg nach dem Sudetendeutschen Tag

Einen Offenen Brief, der auch in den örtlichen Medien Resonanz fand, hat die Kreisvereinigung Augsburg der VVN-BdA nach dem diesjährigen Sudetendeutschen Tag an den Oberbürgermeister der Stadt, Dr.Kurt Gribl, geschrieben. In Folgenden einige Auszüge:

»Erneut hat in unserer Stadt ein Sudetendeutscher Tag unter maßgeblicher Beteiligung des Witikobundes stattgefunden. Am Samstag, den 11. Juni, hielt der Witikobund zur besten Zeit im städtischen Messezentrum eine Veranstaltung ab. Der Witikobund, von NSDAP-Mitgliedern gegründet, mit engen Beziehungen zur NPD in den sechziger Jahren und Beteiligung der Wiking-Jugend an seinen ›Reichsgründungsfeiern‹ in den siebziger Jahren, mit Geschichtsrevisionisten und Holocaustleugnern in seinen Reihen und immer wieder zahlreichen rechten und rechtsextremen Politikern und Publizisten im Vorstand, repräsentiert einen höchst einflussreichen Flügel der Sudetendeutschen Landsmannschaft und versucht diese zu radikalisieren und auf eine völkische Linie zu leiten. (…) Die Veranstaltung am Vorabend des Sudetendeutschen Tages am 10. Juni im Goldenen Saal des Augsburger Rathauses mit der Verleihung der sudetendeutschen Kulturpreise wurde erneut von Reinfried Vogler geleitet.

Reinfried Vogler ist nicht nur Bundeskulturreferent und stellvertretender Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft, sondern auch Witikone. In den achtziger Jahren war er sogar Bundesvorsitzender des Witikobundes, der bis 1967 vom Bundesministerium des Innern als rechtsextrem eingestuft wurde und der Bundesregierung seit 2001 erneut ›eine Verdichtung von Anhaltspunkten für rechtsextremistische Bestrebungen‹ liefert. Herr Oberbürgermeister, Sie sagten in ihrem Grußwort: ›Als traditionsreiche Friedensstadt wünschen wir, dass vom 62. Sudetendeutschen Tag Signale ausgehen, die Schatten der leidvollen Geschichte des 20. Jahrhunderts durch wahrheitsgemäße Aufarbeitung und Fortführung der Verständigungsbemühungen zu überwinden.‹ Diese – unterstützenswerten – Wünsche bleiben unerfüllbar, solange der Witikobund

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wir gratulieren ...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen der *antifa* sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

September: Praxedis Aehlig, Deisenhofen, 89 Jahre; Ruth Steinführer, München, 85 Jahre; Hans-Jürgen Nibbe, München, 83 Jahre; Martin Ermer, Veitsbronn, 83 Jahre; Klaus Poweleit, Oberammergau, 82 Jahre; Hugo Höllenreiner, Ingolstadt, 78 Jahre; Erwin Jedamus, München, 70 Jahre; Gisela Fink, Freising, 65 Jahre; Anita Ritzl-Ossenbrunner, Ingolstadt, 60 Jahre; Edgar Tischner, Bamberg, 60 Jahre; Joachim-Peter Graf, München, 60 Jahre.

Oktober: Gisela Freudenthal, Füssen, 85 Jahre; Jutta Franke, Bamberg, 84 Jahre; Margarete Futran, Krailling, 80 Jahre; Hans-Günter Schramm, Nürnberg, 70 Jahre; Margarete Schachtner, Nürnberg, 65 Jahre; Torsten Heinsohn, München, 65 Jahre.

Münchner Protestgeschichten

Eine spannende Veröffentlichung des Kulturreferates



Große Gedenkkundgebung für die Opfer des Faschismus am 14. September 1947 in München.

Im Zug des Ausstellungs- und Dokumentationsprojekts »Protest in München seit 1945« ist im Auftrag des Kulturreferats der Landeshauptstadt unlängst ein Lesebuch erschienen, das sich des Themas aus vielfältiger Sicht und von ganz unterschiedlichen Stand- und Schwerpunkten aus annimmt.

Informative Text- und Bildbeiträge und eine sich durch die Marginalienspalten des Buches ziehende Chronik („Flusslandschaften" von Günther Gerstenberg) machen das Werk zu einer schier unerschöpflichen Fundgrube.

Selbstverständlich, dass bei der Themenstellung auch antifaschistisches Engagement von den Tagen nach der Befreiung 1945 bis zu den gegenwärtigen Auseinandersetzungen ein wichtige Rolle spielt. Die VVN ist öfter und einmal sehr ausführlich dabei: Unter der Überschrift »Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung« handelt ein sehr informativer Beitrag von Katharina Ruhland über die ersten Jahre unserer Vereinigung in Bayern nach der Gründung im Jahr 1947. Berichtet wird über politische Aktionen, Arbeitsfelder, Gemeinsamkeiten und Kontroversen in den Reihen der Verfolgten. Ein Fazit der Autorin nach der Schilderung von Auseinandersetzungen in der VVN im Zuge der Verbotsmaßnahmen gegen die KPD in den 50er-Jahren: »Trotz dieser Schwächung setzten sich die verbliebenen Mitglieder der VVN beharrlich gegen nationalsozialistische Tendenzen und Rechtsextremismus ein – und tun dies bis heute.« **E.A.**

Auf den Barrikaden. Proteste in München seit 1945. Herausgegeben im Auftrag des Kulturreferats der Landeshauptstadt München, Volk Verlag München, 300 S., 19,90 Euro.

OB auf Distanz

(Fortsetzung von Seite 3)

in der Landsmannschaft mitwirkt. (…)

Die Stadt Augsburg gibt dem Witikobund eine Plattform, wenn sie eine Veranstaltung im Goldenen Saal des Rathauses zulässt, die von einem Witikonen geleitet wird, wenn sie dem Witikobund im Rahmen des Sudetendeutschen Tages einen Veranstaltungsraum auf dem Messegelände überlässt. Immerhin ist die Augsburger Schwabenhallen Messe und Veranstaltungs-GmbH ein städtisches Unternehmen. (…)

Die Stadt untergräbt damit die Städtepartnerschaft Augsburg-Liberec, denn die Hetze gegen Repräsentanten der tschechischen Politik – sei es im historischen Kontext oder auch in ganz aktuellen Bezügen – ist auf den Veranstaltungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft, ganz maßgeblich geschürt durch den Witikobund, allgegenwärtig. Die Teilnahme des Witikobundes am Sudetendeutschen Tag untergräbt auch das Ansehen Augsburgs als Friedensstadt. Denn – wie oben beispielhaft gezeigt – die Absichten des Witikobundes sind nicht friedlich.

Wir fordern Sie und den Stadtrat deshalb auf, Veranstaltungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft in städtischen Räumen nicht mehr zu dulden, an ihnen nicht mehr teilzunehmen und auch keine Grußworte an sie zu richten, solange solche Kräfte ganz offiziell teilnehmen und so lange sich die Sudetendeutsche Landsmannschaft nicht ausdrücklich vom Witikobund distanziert.

Die Stadt Augsburg und ihr Oberbürgermeister befänden sich mit einer solchen Linie in bester Gesellschaft zum Beispiel mit Regensburg und dem Bayerischen Städtetag. Der Oberbürgermeister von Regensburg, Hans Schaidinger, verweigerte der Sudetendeutschen Landsmannschaft 2009 ein Grußwort, weil sie sich nicht vom Witikobund distanzierte. Das führte bezeichnenderweise zu wütenden Protesten der Rechtsextremen, z.B. dem Freien Netz Süd. Regensburg, Patenstadt der Sudetendeutschen, werde erst wieder beim Gedenktag der Sudetendeutschen Landsmannschaft präsent sein, wenn dieser ohne den Witikobund stattfindet, kündigte die städtische Pressesprecherin damals an. Hans Schaidinger ist gleichzeitig Vorsitzender des Bayerischen Städtetages und Sie, Herr Gribl, repräsentieren Augsburg im Vorstand des Städtetages. Wir denken, das sollte Sie ermutigen, den gleichen Schritt wie der Oberbürgermeister von Regensburg zu tun.«

Spenden an die VVN-BdA Bayern

Wir freuen uns immer sehr über Spenden für die Arbeit unseres Landesverbandes.
Unser Konto: VVN-BdA Bayern, Nr. 10532-807, Postbank München, BLZ 700 100 80.

Redaktion: Ernst Antoni
VVN-BdA Bayern
Frauenlobstr. 24, 80337 München
Tel.: (089) 531786
Fax: (089) 5389464
E-Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Bitte teilt uns Eure Adressen- oder Kontenänderungen mit!

Startbahnbau führte in den Tod

Roma, Israelis und Deutsche bei einem gemeinsamen Workcamp in Walldorf

Zwei Roma-Studenten berichten über ihre Teilnahme an einem internationalen Jugendcamp an der ehemaligen KZ-Außenstelle Walldorf nahe Frankfurt am Main:



Junge Roma, Israelis und Deutsche bei der gemeinsamen Arbeit an der KZ-Außenstelle Walldorf.

»Nur einige wenige Worte über eine Erfahrung, die ich niemals in meinem Leben wieder vergessen werde«, will die 21jährige Oana äußern, die gemeinsam mit vier anderen Roma-Studenten aus Rumänien, sechs Deutschen und drei Israelis im Juli an einem internationalen »work and study camp« in Mörfelden-Walldorf teilnahm.

Die Studenten gruben einen Keller der KZ-Außenstelle aus, in dem 1944 junge ungarische Jüdinnen misshandelt und geprügelt wurden – zum Teil bis zum Tode. Die jungen Frauen und Mädchen waren von Auschwitz nach Frankfurt am Main deportiert worden, um für den Frankfurter Flughafen eine erste betonierte Rollbahn zu bauen.

Die Margit-Hovarth-Stiftung, die die Erinnerungsarbeit junger Menschen unterstützt, hatte das 75jährige Bestehen des Frankfurter Flughafens zum Anlass genommen, mit Unterstützung der Fraport AG das Workcamp-Projekt durchzuführen.

»Das Überraschendste war für mich die Art und Weise, wie wir uns dem Thema Holocaust näherten: durch Ausgrabungsarbeiten in der ehemalige KZ-Außenstelle. Zunächst dachte ich, dass wir wegen der Arbeit gar nicht die Zeit haben werden, uns gegenseitig wirklich kennenzulernen. Doch das Gegenteil war der Fall«, erzählt Tudor. Oana stimmt zu: »Gerade die Arbeit ließ die Unterschiede , die wir anfangs als Roma, Israelis und Deutsche untereinander hatten, wie im Handumdrehen verschwinden. Ohne dass wir merkten, wie es geschah, waren wir schon am Ende des ersten Tages ein wirkliches Team.«

Neben der praktischen Arbeit (täglich 5 bis 6 Stunden) stand die intellektuelle Auseinandersetzung mit dem Thema Holocaust im Mittelpunkt – jeden Tag mit wechselnden Schwerpunkten.

Tudor: »Ein wichtiges Element waren für mich die freien Diskussionen, die wir zu einzelnen Themen hatten. Natürlich wusste ich, was der Holocaust für Roma und die Juden bedeutet, aber ich hatte nie zuvor die Gelegenheit, mit deutschen Studenten darüber zu sprechen und zu diskutieren.«

Oana: »Wir sprachen darüber, was Verantwortung für jeden von uns bedeutet, für Deutsche, Juden und Roma der dritten Generation. Wir hatten eine jüdische Holocaustüberlebende zu Gast, ebenso Roma der zweiten Generation; wir waren im Jüdischen Museum in Frankfurt und im Roma-Zentrum in Heidelberg. Jeder weiß, dass es nicht einfach ist, über die persönliche Haltung zum Holocaust zu sprechen. Aber die Qualität unserer Gespräche ließ uns gewohnte Denkmuster verlassen, ließ uns von der Perspektive der anderen lernen. Uns wurde bewusst, dass es Opfer in allen drei Gruppen gibt, allerdings in unterschiedlicher Form. Uns wurde klar, dass es nicht einfach ist, zu vergeben; ebenso ist es nicht einfach, Verantwortung zu übernehmen. Ich habe sehr viel gelernt, weil ich von jungen Menschen umgeben war, die alle aus einem anderen Lebenszusammenhang kamen. Durch diese Erfahrung hat sich mein Leben sehr verändert.«

Oana und Tudor sind neben ihrem Studium ehrenamtliche Mitarbeiter von »Romani CRISS« und A.D.I.S , EU-anerkannten Roma-Organisationen in Rumänien.

Cornelia Rühlig

Kasseler »Bündnis gegen Rechts« ruft auf:

Zeigt Nazis die »rote Karte«

Am 17. September demonstrieren Gewerkschaften, Parteien, gesellschaftliche Initiativen, die VVN-BdA und autonome Antifa-Gruppen gegen die öffentliche Präsenz von Nazigruppen in Kassel und Nordhessen.

Dabei richtet sich die Aktion gegen Gruppen wie die Kameradschaft »Sturm 18«, deren Frontmann bereits mehrfach vorbestraft ist, gegen den »Freien Widerstand Kassel«, der eher durch Teilnahme an Naziaufmärschen oder Schmierereien auffällt und gegen Nazi-Hooligans, die in verschiedenen Stadtteilen präsent sind.

Die Aktion, die vom Hauptbahnhof in die Kasseler Nordstadt führt, soll zeigen, dass es gegen die aggressiven Auftritte und rassistischen Provokationen gesellschaftlichen Widerstand gibt. Im Aufruf heißt es:

»Wir werden den Nazis und der Öffentlichkeit demonstrieren, dass wir nicht dulden werden, dass sich Nazis mit ihrem menschenverachtenden Verhalten und ihren rassistischen Parolen in der Öffentlichkeit breit machen.

Wir machen damit Neonazis und ihren (un-)heimlichen Sympathisanten deutlich:

Wir treten gemeinsam ein gegen Rassismus, Fremdenhass, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus!

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!«

Gießen wehrte sich

Trotz Polizeigeleit: City blieb nazifrei

Zwei Bündnisse hatten gegen die seit einem halben Jahr angekündigte NPD-Demonstration am 16. Juli in Gießen mobilisiert.

»GI – bleibt bunt«, getragen von der Kirche, den Parteien im Stadtparlament und vertreten durch Probst, Oberbürgermeister und Landrat, hatte zu einem Fest in der Innenstadt aufgerufen, an dem sich 60 Aktionsgruppen beteiligten.

Das Bündnis »Gießen bleibt Nazifrei« versuchte den Naziaufmarsch aktiv zu verhindern. Mit dabei: die Kreisvereinigung der VVN-BdA Gießen. Sie hatte mit anderen Antifaschist/innen zusammen eine Demonstration gegen den Aufmarsch der NPD organisiert.

Allerdings hatten die Ordnungsbehörden (wie schon bei der Demonstration der 50 »autonomen Nationalisten« am 18. Juni im Frankfurter Stadtteil Bergen-Enkheim) bis zuletzt die Demonstrationsroute der Nazis geheim gehalten.

Trotz dieser unübersichtlichen Lage wollten jeweils ein Marburger, ein Gießener und ein Frankfurter Block den Aufmarsch der Nazis verhindern. Der Frankfurter Block wurde jedoch schon bei der Ankunft auf dem Bahnsteig von der Polizei eingekesselt und daran gehindert, an den angemeldeten Gegendemonstrationen und Mahnwachen teilzunehmen, während ankommende Nazis zwei Bahnsteige weiter entfernt von der Polizei zu ihrem Aufmarschort weitergeleitet wurden.

Nach einigem Gerangel und widersprüchlichen Aussagen der unterschiedlichen Polizeiführungen konnten dennoch einige Zeit später mit insgesamt 1500 Personen wichtige Blockadeplätze zur Innenstadt besetzt werden, so dass die 130 Neonazis nur kurz und außerhalb der Innenstadt demonstrieren konnten.

Bis zu 3000 Polizisten waren an diesem Tag im Einsatz, damit 130 Nazis ihre menschenverachtenden Parolen grölen und dabei sogar ein Hakenkreuz zeigen konnten, wie »Gießen bleibt Nazifrei« im Internet berichtete. **db**

Lorenz Knorr wurde 90

Unermüdlicher Antimilitarist

Lorenz Knorr, Antifaschist und Friedenskämpfer, wurde am 18. Juli 90 Jahre alt. Wer ihn trotz körperlicher Einschränkung noch immer unermüdlich aktiv erlebt, kann sich das kaum vorstellen.

Über fünfzig Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Gewerkschaften, aus antifaschistischen, Friedens- und Sozialverbänden der ganzen Bundesrepublik haben ihm »in treuer Verbundenheit« in einem gemeinsamen Schreiben gratuliert. »Möge Dich auch weiterhin Dein bewundernswerter Kampfgeist und Deine unermüdliche Bereitschaft, die Probleme anzupacken, nicht verlassen«, heißt es darin. Und: »Bleibe uns ein Vorbild, das uns stets anspornen wird.«

Die Heinz-Jung-Stiftung veranstaltete am 3. September im Frankfurter Club Voltaire eine Matinee zu Ehren von Lorenz Knorr, zu der wiederum aus der ganzen Bundesrepublik Freunde und Weggefährten des Jubilars ihr Kommen zugesagt haben.

1921 in Eger/CSR geboren, war Lorenz Knorr bis zum Einmarsch der Naziwehrmacht bereits in der Sozialistischen Jugend aktiv, danach im antifaschistischen Widerstand, was ihn vor das Kriegsgericht und in eine Strafkompanie brachte. Nach dem Ende der faschistischen Herrschaft war Lorenz von 1947 bis 1960 zuerst Landes-, dann Bundessekretär der Sozialistischen Jugend und damit auch im Parteivorstand der SPD tätig. 1960 dann Mitbegründer und Direktoriumsmitglied der Deutschen Friedensunion (DFU) sowie in der internationalen Friedensbewegung tätig; von 1992 bis 1994 auch Bundessprecher der VVN-BdA.

Vor allem aber war und ist Lorenz Knorr neben seinen vielen Auftritten als Redner ein überaus fleißiger Verfasser zahlreicher Artikel, Publikationen und Bücher. Sein neuestes Werk „Generäle vor Gericht. Oder: Darf man Nazi-Militärs als Massenmörder bezeichnen?“, erschienen bei Papy Rossa, weist zugleich auf eines seiner politischen Arbeitsfelder hin: dem Kampf gegen Militarismus, Militarisierung, Kriegspolitik und Krieg. Das brachte ihm bereits in den 60er Jahren Strafverfahren wegen »Beleidigung« von ehemaligen Nazi-Generälen ein, die für die Bundeswehr und in ihrer Spitze tätig waren. Über Verlauf, Hintergrund und Ergebnis dieser Verfahren berichtet das Buch.

Wir wünschen Lorenz alles Gute und noch viele Tage und Jahre in unserer Mitte.

Peter C. Walther

DGB präsentierte Neofa-Schau

»Die wollen wir auch in unserer Stadt zeigen«

In der südhessischen Kreisstadt Groß-Gerau hat der DGB in der Kreisvolkshochschule im Schloss Dornberg die Neofaschismus-Ausstellung der VVN-BdA präsentiert.

Anlass dazu gab ein Besuch der Ausstellung bei der zentralen Gedenkveranstaltung im Januar in Rüsselsheim. »Die wollen wir auch in unserer Stadt zeigen«, hieß es daraufhin beim DGB-Kreis- und Ortsverband. Unterstützt wurde das Ausstellungsprojekt vom Evangelischen Dekanat, vom Förderverein für Jüdische Geschichte und Kultur, von der GEW sowie von der örtlichen VVN-BdA.
Zur Eröffnung der Ausstellung waren Vertreter/innen und Mitglieder mehrerer politischer und gesellschaftlicher Organisationen und Gruppierungen erschienen. **pcw**

Roma-Gedenken in FfM

Die Mörder blieben im Amt

Anlässlich des Jahrestages der Ermordung von Tausenden von Roma im KZ Auschwitz-Birkenau fand in Frankfurt/Main vor dem Stadtgesundheitsamt eine Gedenkveranstaltung statt, an der auch die VVN Frankfurt mitwirkte.

Der Kundgebungsort hat eine besondere Bedeutung, weil in diesem Amt nach 1945 zwei Amtsmediziner weiterhin tätig waren, obwohl sie in führender Funktion an der Deportation zur Verschleppung und Ermordung von Roma und Sinti mitgewirkt hatten. Erst nach jahrelangen Auseinandersetzungen war die Stadt bereit, am Gebäude des Amtes eine entsprechende Mahn- und Gedenktafel anzubringen.

Die Roma-Organisation und alle Unterstützer erwarten, dass diese Tafel nach Fertigstellung der gegenwärtigen Renovierungs- und Umbauarbeiten wieder angebracht wird.

Frankfurt/Main:

Deportationen aus der Innenstadt

Die Frankfurter Initiative »Faites votre jeu«, die im ehemaligen Polizeigefängnis Klapperfeld ihr Domizil hat und dort u.a. Gedenk- und Erinnerungsarbeit betreibt, hat mit entsprechenden Recherchen festgestellt, dass das Frankfurter Polizeigefängnis bei der Verfolgung in der Nazizeit eine viel größere Rolle spielte als bisher angenommen.

Die Initiative machte Deportationslisten ausfindig, nach denen allein in 19 Monaten der Jahre 1942 bis Mitte 1944 aus dem Innenstadt-Gefängnis mehr als 3 300 politisch Verfolgte, Juden und Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter deportiert wurden.

Redaktion: P.C. Walther
Landesverband der VVN-BdA-Hessen,
Eckenheimer Landstr. 93, 60318 FfM,
Tel. und Fax: (069) 5970524

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!
Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
Kto-Nr. 49330-602 BLZ 5001006

Tontafelprojekt in Bergen-Hörsten

Mit Gedenktafeln an das einzelne Opfer erinnern

Die Arbeitsgemeinschaft Bergen-Belsen hat gemeinsam mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ein Tontafelprojekt entwickelt. Von der AG kam die Idee und vom Volksbund das Geld – das in diesem Fall sinnvoll verwendet wurde.

Für den sowjetischen Soldatenfriedhof in Bergen-Hörsten werden vom Volksbund Namen aus den Archiven in Moskau von »umgekommenen« Kriegsgefangenen an beteiligte Schulen weitergegeben. Die Schulen fertigen nach diesen Daten Tontafeln an, die in der Gedenkstätte in einem würdigen Rahmen niedergelegt werden.

Von einigen der Toten gibt es weitere ergänzende Daten, die dann von den Schülerinnen und Schülern be- und erarbeitet werden. Dadurch erhalten diese Menschen ihre Identität zurück, die ihnen die Nazis nahmen. Das Beschäftigen mit einzelnen umgekommenen Menschen macht aus ihnen Personen mit einem individuellen Leben, während die große Zahl die Opfer abstrakt macht. Inzwischen sind es bereits an die 1000 Tafeln, die in einem Gestell dort liegen. Oft kommen Angehörige aus den Ländern der früheren Sowjetunion, die nach Ihren Verwandten suchen, nach Bergen-Hörsten. Sie sind dann ganz gerührt.



Die Opfer erhalten ihre Identität zurück: Schüler fertigen Tontafeln an.
Bild: Klaus Meier

Seit über 20 Jahren arbeite ich an der Albert-Liebmann-Schule, einer Förderschule mit dem Schwerpunkt Sprache in Hannover, als Schulassistent. Im letzten Jahr haben die 10. Klassen auch an dem oben genannten Projekt in Bergen-Hörsten auf meine Initiative hin mitgearbeitet. Das kam so gut an, dass dieses Projekt für die 9. und 10. Klassen der Schule jedes Jahr stattfinden soll.

In diesem Jahr fiel dieser Projekttag genau auf den 22. Juni 2011, dem 70. Jahrestag des Überfalls Deutschlands auf die Sowjetunion. So hatten die Schulklassen unserer Schule einen besonderen Geschichtsunterricht. Sie sahen die Auswirkungen des Überfalls in dieser Gedenkstätte.

An der Gedenkfeier, die gemeinsam von der Arbeitsgemeinschaft Bergen-Belsen, dem Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge und der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten ausgerichtet wurde, beteiligten sich weiter Schülerinnen und Schülern der Wilhelm-Raabe-Schule aus Lüneburg und der BBS Verden, die dort weitere Gestelle zur Ausstellung der Tontafeln installierten, sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer der beteiligten Organisationen. Eine eigene kleine Gedenkfeier fand noch eine Stunde später statt. Dort trafen sich Vertreter der Partei der Linken und der VVN-BdA zu einer Gedenkfeier ein und legten Kranz und Gesteck nieder. **Klaus Meier**

Eine unermüdliche Kassiererin

Nachruf auf Ella von Trzebiatowski

Der Kreisverband Celle der VVN-BdA trauert um Ella von Trzebiatowski. Ella verstarb am 30. Juli im Alter von 84 Jahren. Sie war seit 1955 VVN-Mitglied.

Ausschlaggebend dafür, bei der VVN-BdA Mitglied zu werden, war wohl ihr Mann August gewesen. August kam 1946 als politisch Verfolgter nach Celle. Er hatte unter den Nazis drei Jahre im Zuchthaus gesessen und anschließend drei Jahre im Strafbataillon unter schwersten Bedingungen überlebt. Zusammen mit anderen Kameraden gründete August 1947 in Celle die VVN.

Solange es Ella gesundheitlich konnte, war sie aktiv dabei. Auch wenn es nicht ihre Sache war, sich in den Vordergrund zu drängen und große Reden zu halten, so hat sie doch wichtige Aufgaben übernommen. So war sie über 20 Jahre lang immer im Kreisvorstand aktiv und hatte als Kreiskassiererin über 20 Jahre lang immer ein sehr wachsames Auge darauf, ob die Beitragsgelder ja auch für sinnvolle, bzw. notwendige Dinge ausgegeben wurden. Wenn es nötig war, konnte sie dann auch mal etwas grantig werden. Von den 1960er-Jahren bis Anfang der 70er-Jahre hat Ella auch in der Arbeitsgemeinschaft: »Frohe Ferien für alle Kinder« als Betreuerin mitgearbeitet.

Sie hat sich nie in den Vordergrund gedrängt

In der VVN-BdA ging es aber nicht immer nur um politische Probleme, sondern es wurden in der Sommerpause auch zusammen Ausflüge unternommen, bei denen Ella immer dabei war.

Bei Faschings- oder Weihnachtsfeiern hat sie stets mit vorbereitet, gebastelt, den Raum geschmückt und mit Kindern Blockflötenstücke geübt und gespielt.

Als Ella Anfang 70 war, wurde sie nach und nach durch ihre gesundheitlichen Probleme gehandikapt und musste ihre Ämter leider aufgeben. Schließlich blieb dann nur das jährliche Treffen in der Adventszeit, an dem Ella teilnehmen konnte, auf das sie dann aber auch immer sehr großen Wert gelegt hatte.

Sehr gefreut hat sie sich, als sie 1997 für 42 Jahre Mitgliedschaft geehrt und 2002 zum Ehrenvorstandsmitglied ernannt wurde. Wir verlieren mit Ella eine wichtige Zeitzeugin.

Horst Stehr
Sprecher für die KV Celle

Artikel für die *antifa*-Niedersachsen-Seiten bitte bis zum 8. des Monats in geraden Monaten an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de.

VVN-BdA
Landesvereinigung Niedersachsen
Rolandstraße 16, 30161 Hannover,
Tel.: (0511) 331136
Fax: (0511) 3360221
E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.

Redaktion: Michael Rose-Gille

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o.ä. Eure neue Adresse mit. Danke!

Die Landesvereinigung freut sich über Spenden für ihre Arbeit auf das Konto 7510-307 bei der Postbank Hannover, BLZ 250 100 30.

NIEDERSACHSEN

Konfetti gegen heuchlerische Nazitrauer

Alljährlich in Bad Nenndorf

Natürlich wäre eine Blockade schöner gewesen, aber die geballte Staatsmacht war auch in diesem Jahr finster entschlossen, den Nazis ihr makabres Ritual abzusichern, »Trauermarsch« geheißen. Vom Bahnhof zum Winklerbad, dem einstigen Internierungslager und Verhörzentrum der britischen Besatzungsmacht geht ihre Route.

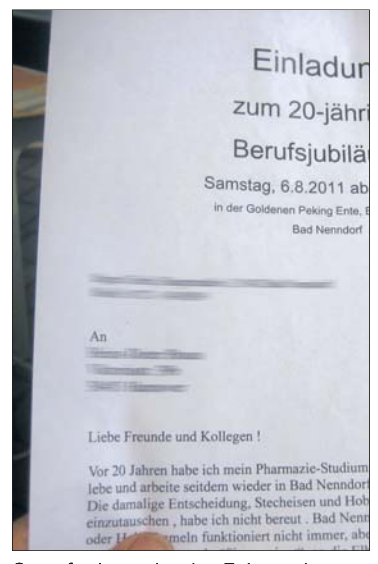


Breites Bündnis gegen Nazis: Demonstration gegen den neofaschistischen »Trauermarsch« durch die Stadt.

Bilder: Mechthild Hartung

Mit dem »Gedenken« an Deutsche als Opfer von zum Teil brutalen Verhörmethoden sollten dabei die historischen Verbrechen der Faschisten vergessen gemacht werden. Aber Bad Nenndorf ist nicht Dresden: Ein übersichtliches und beschauliches Gemeinwesen mit leicht kontrollierbaren Zugangswegen. Der Nazimarsch führt entlang einer einzigen Straße. Auch Überraschungscoups mit nachgemachten Polizeifahrzeugen und Betonhindernissen lassen sich nicht oft wiederholen. »Militärisch« war dem Spuk also nicht beizukommen.

Aber die Übersichtlichkeit hat auch ihre Vorzüge: Von Jahr zu Jahr gelingt es besser, die Bewohner der Stadt, Parteien, Religionsgemeinschaften, Vereine und Geschäftsleute dagegen zu mobilisieren, dass sich dort ein Wallfahrtsort der Faschisten etabliert. Eine zentrale Rolle bei dieser Initiative »Bad Nenndorf ist bunt« kommt der DGB-Region Niedersachsen-Mitte zu.


Einladun
zum 20-jähri
Berufsjubilä
Samstag, 6.8.2011 ab
in der Goldenen Peking Ente,
Bad Nenndorf

An

Liebe Freunde und Kollegen !

Vor 20 Jahren habe ich mein Pharmazie-Studium
lebe und arbeite seitdem wieder in Bad Nenndorf
Die damalige Entscheidung, Stecheisen und Hob
einzutauschen , habe ich nicht bereut . Bad Nenn
oder meln funktioniert nicht immer, abe

Stumpfsinn durch Feiern begegnen: Einladung zur »Partymeile«.

Noch im letzten Jahr wurden alle Gegendemonstrationen zunächst verboten. Erst eine Eilentscheidung des OLG Lüneburg ermöglichte eine Demonstration mit schikanös einschränkenden Auflagen. Dagegen läuft noch eine Klage mit grundsätzlicher Bedeutung für das Demonstrationsrecht. Für ihre Unterstützung sind dringend Spenden erforderlich. Ein Aufruf dazu ist unter www.bad-nenndorf-ist-bunt.com/home.php zu finden.

»Agitation gegen Rassismus und Sozialabbau«

Auch in diesem Jahr mussten sich die Gegner der Nazis mit einem Demonstrationsweg zufrieden geben, der weit an der Naziroute vorbeiführte. Die Abschlusskundgebung konnte jedoch in unmittelbarer Hörweite des Winklerbads stattfinden, was intensiv genutzt wurde. Akustisch dürften sich die Faschisten dort wie in der gegnerischen Fan-Kurve eines Stadions gefühlt haben.

Schon der Weg dort hin war kaum nach ihrem Geschmack. Im an der Bahnhofstraße gelegenen jüdischen Gemeindezentrum fand ein Schabbat-Fest statt. Mit dem Lied »Hevenu schalom alechem« wurden die heranrückenden Nazis empfangen. In zahlreichen Lokalen und privaten Gärten an der Bahnhofstraße wurden außerdem private Fêten organisiert, sodass die Aufmarschroute teilweise zur Partymeile wurde. Laute Musik und Konfettiregen begrüßten dort den »Trauermarsch«. Die Polizei hatte versprochen, geladene Gäste zum Ort ihrer jeweiligen Feier durchzuschleusen, was sie allerdings nicht immer einhielt. Schon am Vorabend war die Stadt mit bunten Luftballons und Schildern geschmückt worden, um den Faschisten klar zu machen, dass sie in der Stadt nicht willkommen waren.

Insgesamt ist die Bilanz also ermutigend: Die Bürgerbeteiligung hat sich verbreitert und vertieft. Die Mobilisierung war mit 1.200 Demonstranten und sicher mehreren hundert Partygästen hoch, von auswärtigen Nazigegnern abgesehen, die in großräumigen Polizeisperren hängen geblieben waren. Und die Nazis: 700 statt 1000 im letzten Jahr, auch keine schlechte Tendenz! Bleibt die Frage an den Innenminister Schünemann, warum sich dies makabre Spektakel noch bis 2030 legal unter Polizeischutz wiederholen soll? Ein entsprechender Brief der Bad Nenndorfer war unbeantwortet geblieben. Auf dem Dienstwege verschollen...

rwk

HAMBURG

Neumann op't hoge Peerd

De Polizei ehr Riederstaffel, dat weer je dat leefst Kind vun Ex-Börgermeister Ahlhaus (kennt ji em överhaupt noch?). Jeed Johr mutt dat »arme« Hamborg dor 650 000 Euro för berappen. An'n Anfang heet dat, de Staffel ward nich bi'n Minschenoploop insett, sünners bloots as Streife in Parks. Man denn geev dat köttens en Facebook-Versammeln, un glieks weern de Udels mit jümehr Peer to Stee. Dat geev en groten Buhei, Böllers güngen los. Wat'n Wunner, dat keen vun de Beester dörgohn is. Nu hett Binnensenoter Neumann (SPD) künnig mookt, dat de Staffel ok op'n Kiez in St. Pauli un bi Demos bruukt warrn kann. Nich mol Ronald Schill hett sik dor rantroot, un dat will wat heten! Sogor bi de Gewarkschop vun de Polizei (GdP) is dat beus ankomen. De Peer hebbt bi Minschenmassen nix verloren, schafuter se. Neumann seggt, he kann nich rut ut'n Verdrag. Na good, wenn de Udels afsluuts nich vun't hoge Peerd rünner wüllt, denn schüllt se man dor rieden, wonehm se keen Schoden anrichten köönt. An'n Elvstrand oder in'n Stadtpark köönt se Müll-Sünners opspören.

hjm

La Fiesta de Bruno

Unvergessen in der Arbeiterbewegung: Altonaer Blutsonntag 1932/33

»La Fiesta de Bruno« – das war das Fest für Bruno. So fasste die jüngste Teilnehmerin unsere diesjährige Veranstaltung für die ersten Justizopfer des Faschismus zusammen.

»Bruno«, das ist Bruno Tesch, der jüngste von vier Antifaschisten, die stellvertretend für die Bevölkerung des »roten Altona« verurteilt wurden für ihren Widerstand gegen einen Naziaufmarsch am 17. Juli 1932, der als »Altonaer Blutsonntag« in die Geschichte einging.

Bruno Guido Camillo Tesch, Sohn italienischer Einwanderer, hatte den innigen Wunsch, dass er ebenso wie seine Mitangeklagten »in der Arbeiterbewegung nicht vergessen« werde. In diesem Sinn erinnern wir uns an ihn, an August Lütgens, Walter Möller und Karl Wolff in jedem Jahr am ersten August, dem Tag ihrer Hinrichtung im Jahr 1933.

Die Vorgeschichte dieser erst in den 1990ern als solche anerkannten Justizmorde war ein provokativer Aufmarsch von 7000 Nazis mitten durch ein Arbeiterviertel. In dessen Verlauf kam es zu gewalttätigen Übergriffen der Faschisten, zum Widerstand gegen diese Übergriffe und zu einer wilden Schießerei der Altonaer und Hamburger Polizei, die 16 Antifaschisten das Leben kostete. Mit gefälschten Beweisen wurde den vier Kommunisten der Prozess gemacht. Im Sinne der Anklage waren sie erwiesenermaßen unschuldig. Verurteilt wurden sie unter den braunen Machthabern für ihre Gesinnung, für ihre Feindschaft gegenüber SA und SS, für ihre Mitgliedschaft in der Antifaschistischen Aktion und der KPD.

Im Stadtteil Altona-Altstadt sind diese Ereignisse vielen bekannt. Parks, Straßen und Plätze sind nach den Vieren benannt. Und so kamen dieses Jahr am 1. August erneut über 100 Nachbar/innen und Antifaschist/innen am Ort der ehemaligen Hinrichtungsstätte zusammen.

Wolfgang Kopitzsch (SPD), Historiker und Bezirksamtsleiter von Hamburg-Nord, sprach bewegt von diesem Ort, an dem die Nazis die Verurteilten grausam mit dem Handbeil ermordeten. Er erinnerte auch an seinen Vater, einen Polizisten, der ihm früh die Wahrheit über die Altonaer Ereignisse erzählt hatte.

Der Vertreter der DKP machte auch auf die aktuellen Gefahren der neofaschistischen Mobilisierung in Hamburg und anderswo aufmerksam. Die Vertreterin unserer VVN-BdA sagte: »Um Widerstand zu leisten (...), ist es nicht nur notwendig zu wissen, warum man kämpft, man braucht auch Mut, Vertrauen und Zuversicht. Keiner von den Vieren war als Held geboren«, so die Kameradin. »Es war die gemeinsame Organisation, die Solidarität, die ihnen diese Kraft verlieh.«

VVN-BdA KV Altona



Bei der Ehrung für Bruno Tesch und Genossen, die ersten von der Nazijustiz Ermordeten. Am Mikrofon: Wolfgang Kopitzsch. Bild: G. Chodinski

Junge AntifaschistInnen erörterten Widerstand damals und heute

Fünf Tage Jugendcamp in Heideruh

Im Ferienheim Heideruh in Buchholz in der Nordheide, Kreis Harburg, fand vom 7. bis zum 11. Juli ein antifaschistisches Jugendcamp statt. Fast 30 Jugendliche waren gekommen, davon 15 für alle fünf Tage.

Die meisten kamen aus dem Landkreis Harburg, je zwei aus Hamburg und Hessen. Ihnen wurden die Biographien junger Widerstandskämpfer/innen gegen den Nazifaschismus vorgestellt, wie beispielsweise Fritz Bringmann, Helmuth Hübener und Katharina Jacob.

In mehreren Arbeitsgemeinschaften ging es um so unterschiedliche Themen wie Opfer faschistischer Gewalt, Arbeit an historischen Comics und Computersicherheit, außerdem um Organisationsformen der antifaschistischen Bewegung und Widerstandsformen wie Selbstschutz oder Streetart.

Am letzten Tag ging es nach Hamburg zum neugeschaffenen Helmuth-Hübener-Wandbild in St. Georg. Weiter ging es zur Gedenkstätte Bullenhuser Damm, wo im April 1945 zwanzig Kinder grausam von der SS ermordet wurden.

Am meisten hat die Jugendlichen beeindruckt, dass es ein solches Heim wie Heideruh überhaupt gibt. Das Haus wurde 1945 von Antifaschisten als Erholungsheim vor allem für Naziverfolgte und deren Angehörige errichtet. **hjm**

Geborene Hamburger von Abschiebung bedroht

Kundgebung für Bleiberecht der Roma

Mehrere unerledigte Petitionen, derzeit vorliegend im Petitionsausschuss der Hamburger Bürgerschft, richten sich gegen die Abschiebung von Roma nach Serbien und andere Nachfolgestaaten Jugoslawiens.

Besonders die Roma, die in Hamburg geboren sind, gelten als gut integriert. Serbien wäre für sie ein völlig fremdes Land. Zur Zeit der bisher letzten Tagung des Ausschusses fand vor dem Haus eine Kundgebung für das Bleiberecht aller Roma statt. Der Flüchtlingsrat Hamburg, die VVN-BdA, das Auschwitzkomitee, der Kirchenkreis Hamburg-Ost und andere Organisationen hatten dazu aufgerufen. Etwa 40 Personen protestierten mit Transparenten, Reden und Liedern gegen die drohende Abschiebung. Zuvor hatten Esther Bejarano, Steffi Wittenberg, Erna Mayer, Ursel Hochmuth und Ilse Jacob im Namen der VVN-BdA in Briefen an Innensenator und Petitionsausschuss das Bleiberecht eingefordert, auch mit Hinblick auf den von den Nazis begangenen Völkermord an den Sinti und Roma. **hjm**

Redaktion: H.-J. Meyer
Landesgeschäftsstelle VVN-BdA
Landesvereinigung Hamburg
Hein-Hoyer-Str. 41, 20359 Hamburg,
Tel.: (040) 314254
E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

Wir bitten um Spenden für Hamburger VVN-BdA!
Spendenkonto: VVN-BdA Hamburg
Haspa, BLZ 200 505 50
Kto-Nr. 1206/127 183

Entlarvung eines gar nicht guten Vaters

Das Ohlsdorfer Friedensfest

Das Bündnis »Ohlsdorfer Friedensfest« führte vom 23. Juli bis 3. August zum dritten Mal zahlreiche Veranstaltungen an den Sammelgräbern der Bombenopfer auf dem Friedhof Ohlsdorf durch, um der Opfer des Zweiten Weltkriegs und des Faschismus zu gedenken.

»Die Opfer des Bombenkrieges dürfen nicht dazu missbraucht werden, die Ursachen des Zweiten Weltkrieges umzudeuten und die Verbrechen des Nationalsozialismus zu relativieren. Neonazis haben dies in der Vergangenheit durch Kundgebungen auf dem Friedhof immer wieder versucht. Mit dem Ohlsdorfer Friedensfest treten wir auch diesen Versuchen entgegen«, heißt es in dem Aufruf des Bündnisses. Ihm gehören acht Organisationen an, u.a. die VVN-BdA Hamburg, das Hamburger Bündnis gegen Rechts, die Willi-Bredel-Gesellschaft, die Friedhofsverwaltung und der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge.



Auf dem Ohlsdorfer Friedensfest: Yoash Tatari und Beate Niemann.
Bild: G. Chodinski

Während noch letztes Jahr die Nazis und Freie Kameradschaften in der Zeit des Friedensfestes aufmarschierten, um ihre Gedenkfeier abzuhalten, dann aber Platzverweise und Bußgeldbescheide erhielten, blieben sie dieses Jahr lieber gleich weg.

Auf dem Friedensfest gab es eine Veranstaltung zum 70. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion mit Zeitzeugen, eine Podiumsdiskussion zum Thema Erinnerungskultur, die Aufführung des Stücke »Kriegsgericht« und eine Fahrradtour zu den Gräbern der Opfer der faschistischen Militärjustiz (»Deserteure«, »Fahnenflüchtige«).

Die VVN-BdA wollte den Film »Der gute Vater« zeigen, aber es gab technische Probleme. Glücklicherweise waren Beate Niemann und der Regisseur Yoash Tatari anwesend und berichteten, wie der Film entstanden war. Beate Niemann hatte nach dem Fall der Mauer versucht, ihren »armen, unschuldigen Vater« zu rehabilitieren, der nach ihrer Meinung 25 Jahre zu Unrecht in der DDR inhaftiert war. Bei ihren Nachforschungen musste sie feststellen, dass ihr Vater Bruno Sattler als Gestapo-Mann in Berlin, in der Sowjetunion und in Jugoslawien Morde begangen hat Wir planen, den Film im November gemeinsam mit dem ver.di-Arbeitskreis Antirassismus zu zeigen.

Am Ende des Nachmittags gedachten wir mit Blumen an den Gräbern der Frauen und Mädchen, die am 18. Juni 1944 als Zwangsarbeiterinnen bei den Valvo-Werken bei einem Bombenangriff ums Leben kamen. **Ilse Jacob**

Von September bis November: Hamburger VVN-Termine im Herbst

24. Sept., 11 Uhr bis 25. Sept., 15 Uhr
VVN-BdA-Geschichte erkunden
Vor allem für die neueren Mitglieder bereiten wir die 60-jährige Geschichte unserer Landesvereinigung auf. Anmeldung bei VVN-BdA HH (s. Impressum).
Wohn- und Ferienheim Heideruh, Ahornweg 45, Buchholz i.d. Nordheide

7. Okt., 18 Uhr bis 9. Okt., 13 Uhr
Seminar »Einsteiger« der VVN-BdA-Bundesvereinigung
Das Seminar vermittelt Grundzüge der Politik der VVN-BdA sowie unsere historischen Wurzeln. Anmeldung: VVN-BdA-Bundesvereinigung, Tel. 030/29784174, Mail bundesbuero@vvn-bda.de
Ferienheim Heideruh, Ahornweg 45, Buchholz i.d. Nordheide

16. Oktober, 17 Uhr
Filmreihe: »Der vergessene Führer – Aufstieg und Fall des Medienzaren Alfred Hugenberg«
Deutschland 1982, von Peter Heller. Im Mittelpunkt der Dokumentation stehen die politische Lebensgeschichte Hugenbergs und seine Rolle als Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und als Chef eines Press- und Filmimperiums.
Kino Metropolis, Steindamm 52

18. Oktober, 19 Uhr
Harburger Gedenktage 2011
Eröffnung der Ausstellung »Entfernung von der Truppe« mit Detlef Garbe, KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Geöffnet Mo, Do 11-19 h, Di, Fr 10-18 h, Sa 10-14 h. Führungen Sa 11 h. Eintritt frei.
Bücherhalle Harburg, Eddelbüttelstraße 47a

26. Oktober, 19 Uhr
Harburger Gedenktage 2011
Zeitzeugengespräch mit Ludwig Baumann, Deserteur der Wehrmacht, Vors. der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz.
Rathaus Harburg, Sitzungssaal, Harburger Rathausplatz 1

27. Oktober, 17 Uhr
Namensgebungsfeier
der »Stadtteilschule Helmuth Hübener« (SHH).
Aula der SSH, Benzenbergweg 2

1. November, 19 Uhr
Harburger Gedenktage 2011
Filmabend »Deserteure unterm Hakenkreuz«. Zentrum der St. Johanniskirche, Bremer Str. 9

9. November, 15.30 bis 17 Uhr
Mahnwache »Erinnerung und Mahnung«
anlässlich der Reichspogromnacht 1938. Reden: Maria Jepsen, Norma von der Walde, Vertreter/innen der Jüdischen Gemeinde, der Universität Hamburg und ver.di. Grindelhof am Joseph-Carlebach-Platz

10. November, 18.30 Uhr:
Harburger Gedenktage 2011
Gedenken an die Reichspogromnacht. Schweigemarsch zum Synagogenmahnmal Knoopstr./Eißendorfer Str.
Jüdischer Friedhof auf dem Schwarzenberg

10. November, 19.30 Uhr:
Gegen das Vergessen.
Veranstaltung des Auschwitz-Komitees zur Erinnerung an die Pogromnacht 1938.
Uni HH, DWP, Von-Melle-Park 9.

11. November, 19-23 Uhr:
3. Nacht der Jugend
Mit Musik und Theater, Lesungen und Diskussionen beschäftigen sich Jugendliche ausgehend von der Pogromnacht 1938 mit Werten wie Freiheit und Pluralismus.
Rathaus Hamburg, Rathausplatz

»Nur unsere Solidarität hat uns gerettet«

Der »Moorsoldat« Erwin Schulz und sein Vermächtnis an die Jugend

Im Oktober wird die Gedenkstätte Esterwegen auf dem Areal des ehemaligen Konzentrationslagers eröffnet. Hier soll das Wissen um die von den Nazis errichteten Emslandlager, ein Komplex von 15 Lagern in Norddeutschland, wach gehalten werden.

Einer der letzten, die die »Hölle am Waldesrand« überlebt haben, ist Erwin Schulz. 1937 kam er ins Strafgefangenenlager Börgermoor, nachdem er bereits zwei Jahre im Zuchthaus Luckau zubringen musste, von den Nazis verurteilt wegen Hochverrats. Dort war er mit drei Mann in einer Zelle von zwei mal vier Metern, ein Bett an der Wand, ein Wandklappbett, und einer schlief auf der Erde, dazu ein Kübel für die Notdurft und ein Wasserkrug zum Waschen. Abends mussten Kleidung und Schuhe vor die Tür gestellt werden wegen Fluchtgefahr. Eine halbe Stunde pro Tag war Hofgang mit strengem Sprech- und Kontaktverbot. Er hatte zusammen mit anderen Arbeitersportlern den verbotenen Arbeitersportverein »Fichte« illegal am Leben erhalten, Flugblätter verbreitet und Geld für inhaftierte Genossen gesammelt.

Die Arbeit im Moor war unerträglich. Statt ordentlichem Schuhwerk trugen die Gefangenen »Moorklumpen«, schwere Holzschuhe. Erwin war zwei Monate in der »Strafkompanie« und musste tagein, tagaus Sand mit der Schubkarre ins Lager transportieren. Am nächsten Tag wurde der Sand wieder aus dem Lager zum Sandberg gefahren. Diese Karre war besonders groß, die Handgriffe standen nach außen. Abends war man vollkommen erschöpft, die Handgelenke schmerzten furchtbar und waren geschwollen, und man fiel todmüde auf den Strohsack. Nur die Solidarität unter den Gefangenen, besonders unter den »Politischen«, hat vielen das Leben gerettet. Auch Erwin.

Doch die Geschichte lässt ihn nicht ruhen. Er sitzt in seinem Sessel im Wohnzimmer und erzählt sein Leben. Wie oft er seinen Leidensweg der Nachwelt geschildert hat, weiß niemand. Viele Jahre lang war er unterwegs, fuhr zu den Treffen der ehemaligen »Moorsoldaten«, sprach vor Schulklassen, mit Studierenden und jungen Antifas. Seine Geschichte wurde vielfach aufgegriffen und in Zeitungen veröffentlicht. 1989, noch zu DDR-Zeiten, konnte er das erste Mal als Vertreter des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer zu den jährlichen Gedenkfeierlichkeiten reisen. Nach der Wende hielt Erwin den Kontakt zu den westdeutschen »Moorsoldaten«. Er lernte auch die Mitarbeiter/innen des Dokumentations- und Informationszentrums (DIZ) Emslandlager in Papenburg kennen, die 1991 Berlin besuchten, um ehemalige Häftlinge zu interviewen. Das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer existierte damals schon nicht mehr, Erwin und andere »Moorsoldaten« empfingen die Gäste aus dem »Westen«. Seitdem fuhr er fast jedes Jahr »nach'm Moor«.



Mai 2005: Die »Moorsoldaten« Kurt Stenzel (l.) und Erwin Schulz vor dem Gedenkstein im Aschendorfer Moor.
Bild: DIZ Emslandlager

Gerade zu jungen Menschen hat Erwin immer einen besonderen Draht gehabt. Seine unaufgeregte, offene und ruhige Art sichert ihm stets die Aufmerksamkeit seiner Zuhörer/innen.

Als Jugendliche aus Berlin-Köpenick 1996 eine Ausstellung über die Moorlager planten, stand er ihnen mit Rat und Tat zur Seite. Die Jugendgruppe besuchte zuvor das ehemalige Lager Börgermoor und restaurierte einen alten Gedenkstein, auf dem die erste Strophe des weltberühmten »Moorsoldatenliedes« eingemeißelt ist. Nur einen Tag später wurde der Stein mit Farbe beschmiert. »Denn ham'se mit uns Moorsoldaten jesprochen: ›Wat könn' wa denn da machen?‹ Und da kam denn eener daruff: ›Wir machen eene Ausstellung.‹«

Die Ausstellung hieß »Erinnerung lässt sich nicht wegsprühen«. Was aus den Jugendlichen von damals geworden ist, weiß Erwin nicht, aber er ist sich sicher: »Dat war eene jute Sache.« Gerne berichtet er auch von den »jungen Französinnen«, Studierende aus Paris, die er einmal zum Gespräch zu sich einlud.

Für sein unermüdliches Engagement wurde Erwin, der auch Ehrenvorsitzender der Köpenicker VVN-BdA ist, 2005 mit der Bürgermedaille des Berliner Bezirks Treptow-Köpenick ausgezeichnet - eine Anerkennung für sein jahrzehntelanges Wirken vor Ort. Für Erwin ist es immer selbstverständlich gewesen, die Erinnerung wach zu halten. Auch, um den neuen Nazis etwas entgegen zu setzen.

Yves Müller

Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA…

Antifa-Jour Fixe

Montag, 19. September

Wie aus Nachbarn Juden wurden.

Regina Scheer im Gespräch mit Horst Helas zu seinem Buch »Die Grenadierstraße im Berliner Scheunenviertel. Ein Ghetto mit offenen Toren«
1937 erinnerte das »Israelitische Familienblatt« an das jüdische Leben nördlich vom Alexanderplatz. »Dies alles ist vorbei«, heißt es in dem Artikel, »ist wie ausgelöscht, als hätte es nie existiert«. Horst Helas zeichnet anhand der Biographien von fünf Familien den Mikrokosmos der Straße im Zentrum Berlins nach. Regina Scheer ging in der Spandauer Vorstadt zur Schule. Die Schriftstellerin ist Expertin für den jüdischen Widerstand in Nazideutschland.

…immer am 3. Montag, ab 18.30 Uhr, immer im Café Sibylle.
Karl-Marx-Allee 72, Berlin (U 5 zw. Strausberger Platz und Weberwiese)

Professor Dr. Kurt Langendorf verstorben

Die Berliner VVN-BdA trauert um ihren Ehrenvorsitzenden

Am 2. Juli verstarb nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 90 Jahren der Ehrenvorsitzende der Berliner VVN-BdA, der antifaschistische Widerstandskämpfer Kurt Langendorf.

Kurt wurde am 11. September 1920 in Lörrach geboren. Den Vornamen gaben ihm seine Eltern zu Ehren des 1919 ermordeten Anführers der Münchener Räterepublik Kurt Eisner. Beide Eltern gehörten zu den Mitbegründern der KPD im Badischen. So kamen Kurt und sein Bruder Hans sehr früh in Kontakt mit der politischen Arbeit der Eltern. Die vielen Begegnungen und Gespräche, die der junge Kurt erlebte, prägten frühzeitig sein politisches Interesse.

Bei Machtantritt der Faschisten war er zwölf Jahre alt. Seine Eltern wurden sofort in »Schutzhaft« genommen: die Mutter für anderthalb Jahre ins Gefängnis, der Vater für zwei Jahre ins Konzentrationslager. Nach ihrer Rückkehr gingen sie daran, Verbindungen zu anderen Antifaschisten anzuknüpfen. Vater Rudolf Langendorf baute mit Georg Lechleiter und Jakob Faulhaber eine über Mannheim hinausreichende Widerstandsgruppe auf und gehörte zur illegalen KPD-Bezirksleitung in Nordbaden-Pfalz.

Kurts Neigungen galten den Naturwissenschaften und der Technik. Er war intelligent und wurde gefördert, durfte das Abitur ablegen. Er sollte politisch »umgedreht« werden, doch das misslang gründlich. Er baute nicht nur die Radios, mit denen die illegale Gruppe Londoner und Moskauer Rundfunk abhörte, sondern übernahm auch Kurierdienste zwischen den Genossen und überbrachte Nachrichten in die Schweiz.

1940 wurde er zur Wehrmacht einberufen. Er war unentschlossen, überlegte, zu Verwandten in die Schweiz zu gehen. Doch Genossen rieten ihm, sich militärische Kenntnisse anzueignen und die politische Arbeit gegen Faschismus und Krieg unter den Soldaten fortzusetzen.

Nach Verrat wurde sein Vater festgenommen und am 15. September 1942 hingerichtet und seine Mutter ins KZ Ravensbrück verbracht. Kurt wurde als »politisch Unzuverlässiger« in eine Strafkompanie versetzt.

Während der Offensive der Roten Armee im Juli 1943 im Kursker Bogen wollte er überlaufen. Dabei wurde er von einem Wehrmachtsoffizier niedergeschossen. Nach mehrmaliger Frontverschiebung wurde Kurt schließlich

Eine Familie im Arbeiterwiderstand

schwerverwundet und bewusstlos von Soldaten gefunden und zum Verbandsplatz gebracht. Der ihn operierende Arzt legte ihm nahe, die entfernte Kugel nicht aufzuheben, da sie aus einem deutschen Revolver stammte.

Nach der Genesung bei einer Einheit in Landsberg stationiert, wurde er kurz vor dem 20. Juli 1944 als Melder nach Berlin in den Bendlerblock befohlen, um bei Stauffenberg Einsatzunterlagen abzuholen. Nach dem Scheitern des Attentats auf Hitler gelang es ihm, sich den einsetzenden Verfolgungen zu entziehen. Auf einem Unteroffizierslehrgang (ver)führten Kurt Langendorfs (listige) Nachfragen den referierenden Hauptmann (aus höchstem deutschem Adel) zu der kühnen Behauptung, dass, da Goebbels der größte Lügner sei, der Krieg schließlich auch gewonnen werden könne. Die zwei sahen sich als Angeklagte vor einem Kriegsgericht wieder. Kurt Langendorf wurde zu fünf Jahren verurteilt, abzuleisten in einer Strafkompanie.

Nach der Befreiung begann für den 25jährigen ein neues Leben. Der Bruder Hans war, beim Versuch überzulaufen, erschossen worden, doch die Mutter hatte überlebt. Gemeinsam stürzten sie sich in die politische Arbeit. Da in Karlsruhe seine Bewerbung zum Ingenieurstudium nicht angenommen wurde, ging er nach Jena, studierte dort zunächst Physik, dann Wirtschaftswissenschaften. Als Student erwarb er sich hohes Ansehen durch seine Studienleistungen und gesellschaftlichen Aktivitäten – auch in der VVN.



Kurt Langendorf, 2010.
Bild: Jutta Harnisch

Bis zu einem zweijährigen Forschungsaufenthalt in der VR China ab 1954 war er an der Universität Jena als Dozent für politische Ökonomie und als Institutsdirektor tätig. In seiner Dissertation untersuchte er die Umgestaltung der chinesischen Wirtschaft.

Als Melder bei Stauffenberg

Danach arbeitete er als Wissenschaftler und Hochschullehrer. 1968 wurde er zum Ordentlichen Professor an der Gewerkschaftshochschule des FDGB berufen. Nach seiner Emeritierung engagierte sich Kurt im Kreiskomitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR in Berlin-Weißensee. 1990 gehörte er zu den Mitbegründern des Bundes der Antifaschisten und der Berliner Vereinigung ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener (B. V. VdN). In vielen Zeitzeugengesprächen war es ihm immer ein wichtiges Anliegen, auf Ursachen und Hintergründe des deutschen Faschismus einzugehen. 2004 übernahm er den Vorsitz der B. V. VdN und stellte die Weichen für die Verschmelzung mit der VVN-BdA Berlin. 2005 wurde er zusammen mit Hans Coppi zum Vorsitzenden der neu entstandenen Berliner VVN-BdA gewählt. 2009 wurde er deren Ehrenvorsitzender. Bis zum Schluss nahm er regen Anteil am Leben der Organisation, kümmerte er sich um die Kameradinnen und Kameraden in Weißensee.

Wir werden seinen Beitrag für unsere gemeinsame antifaschistische Arbeit vermissen. Sein lebenslanges antifaschistisches Wirken ist uns Verpflichtung. Er wird uns unvergessen bleiben.

Vorstand der Berliner VVN-BdA

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Tel.: (030) 29784178
Fax: (030) 29784378
Internet: http://berlin.vvn-bda.org
E-Mail: berlin@vvn-bda.org

Wir bitten sehr um Spenden für die Berliner VVN-BdA
Postbank Berlin
Konto-Nr: 315 904 105
BLZ: 100 100 10

Erinnern – Mahnen – Versöhnen – Verhindern

Der Landesverband Sachsen des VVN-BdA und seine internationale Arbeit

In seiner internationalen Arbeit lässt sich der Landesverband Sachsen von der Aufgabe leiten, stets an die unmenschlichen Gräueltaten des Hitlerfaschismus und seiner Helfershelfer zu erinnern, zugleich aber auch den nationalen und internationalen Widerstandskampf zu würdigen und zu mahnen, dass sich die faschistischen Verbrechen nicht wiederholen.



Eine Delegation der VVN-BdA Sachsen würdigt gemeinsam mit Kameraden des CSBS in der Gedenkstätte Theresienstadt die Opfer des faschistischen Terrors. Es spricht Regina Elsner, Vorsitzende der VVN-BdA Sachsen.

Versöhnung mit den Überlebenden des Widerstandes sowie den nachfolgenden Generationen bleibt wichtige Aufgabe. Zugleich aber rückt der Kampf gegen jegliche Verherrlichung des Faschismus und jeden Versuch des Wiederbelebens faschistischen Ideengutes in den Mittelpunkt unserer Tätigkeit. Faschismus ist keine Ideologie, sondern ein Verbrechen.

Schon seit vielen Jahren verbindet den Landesverband des VVN-BdA Sachsen eine enge Partnerschaft mit dem Tschechischen Verband der Freiheitskämpfer (ÈSBS). Jährliche gemeinsame Arbeitsprogramme zwischen dem Landesvorstand des VVN-BdA und dem Präsidium des ÈSBS regeln seit 1993 die jeweiligen Vorhaben für das betreffende Jahr. Neben dem Erfahrungsaustausch zu grundsätzlichen Fragen der Arbeit der beiden Verbände, dem Austausch unserer Verbandszeitungen »antifa sachsen« und »Národní Osvobození«, sowie der Unterstützung von Exkursionen von Schüler-, Studenten- und Jugendgruppen zum Besuch von Gedenkstätten und der Begegnung mit Zeitzeugen steht eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit im Mittelpunkt der Arbeitspläne.

Bedeutsam und öffentlichkeitswirksam war in diesem Jahr eine Gemeinsame Erklärung deutscher und tschechischer Widerstandskämpfer zum Neonaziaufmarsch am 19. Februar 2011 in Dresden. In dieser Erklärung, die den Medien, dem Bundespräsidenten, der Bundeskanzlerin, dem Bundestagspräsidenten sowie dem sächsischen Ministerpräsidenten, dem Präsidenten des Sächsischen Landtages und dem sächsischen Innenminister übergeben wurde, hieß es: »Mit großer Sorge verfolgen wir das Wiedererstarken des Rechtsradikalismus und insbesondere des Neofaschismus in Deutschland. Es ist besorgniserregend, dass Neonazis offen und vielfältig ihre menschenverachtenden Ideen und Auffassungen unter dem Mantel der Demokratie zur Schau stellen können. … Dafür sind Millionen Kameraden nicht in den faschistischen Konzentrationslagern in den Tod gegangen, haben unzählige Widerstandskämpfer ... nicht Folter und Torturen überstanden. … Getreu dem Schwur unserer Kameraden von Buchenwald werden wir nicht eher ruhen, bis der Faschismus mit seinen Wurzeln ausgerottet und und eine neue Welt des Friedens und der Freiheit errichtet ist.«

Widerstandskämpfer sorgt Erstarken der Neonazis

Diese Erklärung, unterzeichnet von den Ehrenvorsitzenden des VVN-BdA Sachsens, Prof. Hans Lauter und Frido Seydewitz, der Präsidentin des ÈSBS, Andela Dvorakova sowie deutschen und tschechischen Überlebenden der KZ Theresienstadt, Auschwitz, Ravensbrück, Sachsenhausen und Mauthausen fand ein öffentliches Echo auch durch ein zustimmendes Schreiben des Präsidenten des Sächsischen Landtages an den Landesvorstand des VVN-BdA Sachsen.

Enge partnerschaftliche Beziehungen bestehen schon seit vielen Jahren zwischen dem Kreisverband Aue-Schwarzenberg des VVN-BdA und den Kameraden des ÈSBS Plana/Tachov. Neben regelmäßigen gegenseitigen Besuchen und Erfahrungsaustauschen wird alljährlich gemeinsam am letzten Sonntag im April der Opfer des Todesmarsches vom 25. April 1945 in Pistov/Tschechien gedacht. Auch dieses Jahr nahm eine Delegation des VVN-BdA aus Aue-Schwarzenberg Ende April an der Gedenkveranstaltung in Pistov teil und legte mit den Kameraden des ÈSBS sowie Vertretern der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSÈM) Blumengebinde am sowjetischen Ehrenmal nieder. Erfreulich, dass an der Gedenkveranstaltung für die Opfer des Todesmarsches in Pistov neben den Vertretern des ÈSBS und dem Kameraden Gerhard Lederer, Vorsitzender des VVN-BdA Aue Schwarzenberg, auch der Stellvertreter des Bürgermeisters von Plana das Wort ergriff und ehrende Worte des Gedenkens sprach.

Eine beispielhafte internationale Arbeit leistet seit mehr als zwei Jahrzehnten der Stadtverband Dresden des VVN-BdA. Enge, herzliche Beziehungen verbinden die Dresdener Kameraden mit dem polnischen Verband der Kombattanten (Vereinigung der Kriegsteilnehmer und ehemaliger politischer Häftlinge der Republik Polen) aus Gostyñ in der Wojewodschaft Wielkopolska. Bemerkenswert dabei ist, dass in diese Partnerschaft auch die Stadtverwaltung Gostyñ, die Gostyñer Bürgerbewegung für deutsch-polnische Versöhnung, die katholische Kirche und viele Gostyñer Bürger selbst aktiv integriert sind.

Dresden und Gostyñ verbinden viele leidvolle Gemeinsamkeiten faschistischer Vergangenheit: So trieben faschistische Wehrmachtsangehörige nach dem Überfall auf Polen am 21. Oktober 1939 dreißig willkürlich ausgewählte Gostyñer Bürger zwischen 15 und 65 Jahren auf dem Marktplatz zusammen und erschossen diese vor den Augen der Bewohner der Stadt, um jeden Gedanken des Widerstandes im Keim zu ersticken. Mehr noch: Im Frühjahr 1941 wurde in Gostyñ die katholische Widerstandsorganisation »Schwarze Legion« enttarnt. Es folgten Folter, Zuchthausstrafen, Konzentrationslager und die Verhängung von zwölf Todesurteilen durch Nazirichter in Zwickau die dann im Juni 1942 in der Hinrichtungsstätte am Münchner Platz in Dresden vollstreckt wurden.

Seit Jahren besuchen Gostyñer Bürger und Hinterbliebene regelmäßig Dresden, um ihrer Toten zu gedenken und sich mit Dredner Bürgern zu treffen. Jährlich im Juni erfolgen Kranzniederlegungen von Mitgliedern des polnischen Verbandes der Kombattanten, Ver-

(Fortsetzung auf Seite 14)

Erinnern – Mahnen – Versöhnen – Verhindern

(Fortsetzung von Seite 13)

tretern der Stadtverwaltung Gostyñ sowie Bürgern Gostyñs gemeinsam mit Dresdener Antifaschisten im Richthof des ehemaligen Dresdener Landgerichtes am Münchner Platz zu Ehren der Märtyrer von Gostyñ.

Im Juni 2006 wurde auf dem Äußeren Katholischen Friedhof Bremer Straße in Dresden, der letzten Ruhestätte von 537 am Münchner Platz hingerichteten Widerstandskämpfern feierlich eine Gedenktafel enthüllt, auf welcher in polnisch und deutsch, flankiert von den Namen der zwölf Ermordeten zu lesen ist: »Zu Ehren der Helden der Widerstandsgruppe Schwarze Legion, die am 23. und 24.6.1942 in Dresden unter dem Fallbeil gestorben sind - die Menschen des Gostyner Landes.«

Inzwischen ist auch die jährliche Teilnahme unserer Dresdener Kameraden im Oktober an den Gottesdiensten und Veranstaltungen in Gostyn zu Ehren der dreißig erschossenen Bürger der Stadt Tradition geworden. Beeindruckend für die Dresdener Delegation war dabei 2005 der Besuch einer Deutschstunde und die Teilnahme an einer vom Dresdener Pfarrer Busse moderierten Podiumsdiskussion mit polnischen Schülern und deren Eltern sowie jungen Christen aus Dresden. Eine im Oktober 2007 durch die Stadtverwaltung Gostyn und die Gostyner Bürgerbewegung für deutsch-polnische Versöhnung organisierte Konferenz zum Thema »Deutsch-polnische Versöhnung als wichtiger Faktor der europäischen Identität - Gostyñ und Dresden geben ein Beispiel für andere Städte und Nationen« zeigte, wie lebendig Gedenken, Versöhnung und Erinnern, aber auch Freundschaft in der Praxis gestaltet werden können.

Im Rahmen der Städtepartnerschaft Radebeul und Obuchov, einer Stadt ca. 50 km südlich von Kiew, entwickelte sich eine feste Zusammenarbeit des VVN-BdA, Region Dresden, und der »Organisation der Kriegsveteranen Obuchov« (jetzt: Veteranenorganisation Obuchov). Diese Kontakte mündeten im September 2005 anlässlich eines Besuches von Mitgliedern des Verbandes aus Obuchov in Radebeul in der Unterzeichnung einer Vereinbarung über gegenseitige

Städtepartnerschaft fördert Kontakt von Kriegsgegnern

Zusammenarbeit. Im Rahmen der Städtepartnerschaft, die aktiv vom Bürgermeister Radebeuls, Bert Wendsche, unterstützt wird, statteten unsere Radebeuler Kameraden ihren Partnern in Obuchov einen Gegenbesuch ab.

Große Beachtung fand die 2006 erfolgte Übergabe des Verkaufserlöses von 2000 Euro für die Broschüre »Gegen das Vergessen - die Tage im Mai 1945 in Radebeul« durch die Radebeuler Kameraden an ihre Kameraden in Obuchov. Seitdem werden in Radebeul zahlreiche Sachspenden für Obuchov gesammelt und übergeben.



2010 im Zwickauer Amtsgericht: Marian Sobkowiak, 1941 zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, setzt sich noch einmal auf die Anklagebank.

Rückschläge in der Zusammenarbeit wurden aber durch die gegenseitige Bekundung zur Weiterführung überwunden und im September 2009 anlässlich eines Besuches einer Delegation aus Obuchov unter Leitung des Oberbürgermeisters, Herrn Melnik, erneut bekräftigt. So betreuten die Radebeuler Kameraden 2010 drei ukrainische Lehrerinnen, die zur Weiterbildung in Radebeul weilten und organisierten 2011 im Rahmen eines Schüleraustausches für Schüler der 5. Schule Obuchov den Besuch des Ehrenhains in Zeithain, wo während des Naziregimes ca. 30 000 sowjetische Kriegsgefangene ihr Leben ließen.

Zugleich konnten namentlich achtzehn Kriegsgefangene ermittelt werden, die in Zeithain verstarben, darunter auch der Urgroßvater einer Schülerin der bisher als vermisst galt.

Selbstverständlich werden Partnerschaften von Personen und Persönlichkeiten gestaltet. So ist es eben auch nicht verwunderlich. dass bisher feste Strukturen der Zusammenarbeit auf Grund von Krankheit und Todesfällen in Leitungsgremien und fehlender zweiter Reihe plötzlich auseinanderbrechen. So geschehen bei unserem Stadtverband Görlitz des VVN-BdA in seiner Zusammenarbeit mit dem Polnischen Verband der ehemaligen Gefangenen in Hitlers Zuchthäusern und Konzentrationslagern, wo die polnische Gruppe in Zgorzelec nach dem Tode ihrer Leitungskräfte sich auflöste. Aufgelöst wurde auch die Gruppe »Spurensuche« von Schülern des Gymnasiums Sebnitz nach dem Tode ihres Leiters, Dr. Senenko, die den antifaschistischen Widerstand in der Zusammenarbeit deutscher und tschechischer Widerstandskämpfer erforschte. Umso wichtiger erscheint uns deshalb unsere Verpflichtung, mit den Hinterbliebenen auch der folgenden Generation zusammenzuarbeiten, um gemeinsam auch künftig zu erinnern und mahnen, zu versöhnen und zu verhindern.

Landesvorstand der VVN-BdA Sachsen



In Terezin: Regina Elsner und Frido Seydewitz (beide VVN-BdA Sachsen) im Gespräch mit Jiri Hampel (ÈSBS).

V.i.S.d.P.: Peter Giersich
Redaktion: Landesvorstand Sachsen
Zuschriften bitte an
VVN-BdA Sachsen
Wettiner Platz 10
01067 Dresden
E-Mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de

Erinnerung per Fahrrad in Aachen

Menschen standen tatenlos vor der brennenden Synagoge

Eine antifaschistische Fahrraddemo bewegte sich als kleiner Fahrradkorso, begleitet von Polizeifahrzeugen, durch die Stadt. Etwa 40 Radler versammelten sich am Synagogenplatz, um gemeinsam verschiedene Punkte aufzusuchen.



Braune Spurensuche in Aachen: Fahrradkorso auf dem Synagogenplatz.

Eingeladen hatten die VVN-Bund der Antifaschisten, die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, der Deutsche Gewerkschaftsbund und andere. »Wir weisen auf die Gefahren hin, die von Neonazis ausgehen«, nannte Kurt Heiler von der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) ein Ziel der Veranstaltung. Außerdem wolle man darüber aufklären, was zwischen 1933 und 1945 in Aachen passiert sei. In seiner Rede erinnerte Heiler an die sog. Reichskristallnacht am 9. November 1938. Seine Beschreibung eines alten Fotos, das die brennende Synagoge und eine tatenlos zusehende Menschenmenge zeigt, sorgte für Stille unter den Zuhörern.

Neun Stationen erradelten die Demonstranten. Zum Kiosk der Anna Braun-Sittarz in der Königsstraße ging die Fahrt. Die 1892 geborene Gewerkschaftsfrau war mit ihrem Milchkiosk eine wichtige Figur im Aachener Widerstand. 27 Monate musste sie zu Beginn der Naziherrschaft im Gefängnis zubringen und auch danach wurde sie immer wieder von der Gestapo heimgesucht. Renate Linsen-von Thenen, Ratsfrau der Linken, gedachte der engagierten Frau kurz und prägnant ebenso wie des Schriftstellers Adam Kuckhoff, an dessen tragisches Schicksal in der gleichnamigen Straße eine Gedenktafel erinnert.

Jule Klieser/AN

»Wir lassen uns nicht beiseite schieben«

Kinder und Enkel von Widerstandskämpfern fordern ihr Recht

35 Mitstreiter aus der Generation der Hinterbliebenen von Naziopfern habe sich inzwischen beim Landesverband NRW der VVN-BdA gemeldet, um das Schweigen um die »Kinder des Widerstandes« zu brechen.

Die Bundeskonferenz der VVN-BdA hatte ein entsprechendes Papier beschlossen, dessen sich nun vier Töchter antifaschistischer Widerstandskämpfer mit dem Appell »Hinterbliebene von NS-Opfern fordern ihr Recht« annahmen. Aus Hamburg wurde ihnen berichtet, dass es dort sogar eine Entschädigungszahlung für die 2. und 3. Generation gegeben habe. Töchter von NS-Opfern aus Schleswig-Holstein und Hamburg hatten in den Unterlagen ihrer Eltern Absagebriefe gefunden, mit denen unter Bezugnahme auf Gutachten von NS-Medizinern, die wieder hoch im Kurs waren, Entschädigungszahlungen verweigert wurden. Der Paragraph 6 des Bundesentschädigungsgesetzes wurde in Erinnerung gebracht, der in den 50er und 60er Jahren zahlreichen NS-Opfern, die sich links betätigten, die Entschädigung raubte. All dies vergessene Fakten – und vergessene Betroffene. Worum geht es? - dazu gab Alice Czyborra (Gingold) in einem Pressegespräch Auskunft. Sie sprach auch im Namen von Traute Sander (Burmester), Inge Trambowsky (Kutz) und Klara Tuchscherer (Schabrod).

Worum geht es den Initiatorinnen?

Alice Cyborra: Es geht um die Probleme der 2. und 3. Opfergeneration, die Kinder und Enkel von zumeist politisch Verfolgten. Viele von ihnen litten unter den Maßnahmen, die gegen ihre Eltern ergriffen wurden. Sie kamen als Kinder in Nazi-Familien zur »Umerziehung«, wurden in den Schulen diskriminiert oder in Heime gesperrt. Ich selbst konnte nur überleben, weil mich mutige Menschen in Frankreich als jüdisches Kind versteckten, während meine Eltern im Untergrund wirkten und Widerstand leisteten. Nach dem Krieg wurde meiner Familie als ehemaligen Emigranten viele Jahre die deutsche Staatsbürgerschaft verwehrt. Mit dem Kalten Krieg waren unsere Familien ja erneut von Verfolgung betroffen.

Inwiefern?

Man muß sich mal die Situation in jener Zeit vorstellen, in der viele von uns Kinder und Jugendliche waren. In der Bundesrepublik konnten Eliten der Nazizeit aus Wirtschaft, Militär und dem Staats- und Terrorapparat des Naziregimes, darunter Justiz, Gesundheitswesen, Polizei und Geheimdienste wieder tätig werden, Einfluß nehmen und dabei weiterhin gegen Antifaschisten vorgehen. Ärzte aus der Nazi-Zeit wurden wieder als Gutachter eingesetzt, um die Entschädigungsrechte der oft politisch, rassisch und religiös Verfolgten in Zweifel zu ziehen. Ehemalige Gestapobeamte fanden in der Polizei der BRD wieder Verwendung, und man setzte sie auch ein, um die demokratischen Rechte der Verfolgten erneut anzutasten. Organisationsverbote führten zur Bestrafung der Widerstandskämpferinnen und -kämpfer, während Naziorganisationen wie die NPD

(Fortsetzung auf Seite 16)

»Wir lassen uns nicht beiseite schieben«

(Fortsetzung von Seite 15)

sich ungehindert entfalten konnten. Berufsverbote wurden gegen die Kinder von Antifaschisten ausgesprochen und unser Versammlungsrecht wurde eingeschränkt.

Sie fordern Wiedergutmachung und Rehabilitierung. Wie kann diese aussehen?

Das ist sehr unterschiedlich. Wer aus einem Hause kam, in dem die Erwachsenen sowohl unter Hitler wie Adenauer politisch verfolgt wurden, der hatte oft direkt materielle Nachteile, denn den Eltern wurden die Entschädigungen zum Teil wieder aberkannt. Es geht aber nicht nur um materielle Nachteile, der Widerstand der Eltern wurde nicht anerkannt, das heißt die Kinder waren weiterhin Außenseiter.

An wen richten sich Ihre Forderungen?

Zunächst an die Öffentlichkeit und die Medien. In vielen europäischen Ländern gibt es Organisationen der »Kinder des Holocaust«. In Deutschland gibt es das nicht. Die »Kinder des Widerstandes« sind kein Thema. Das liegt auch daran, daß wir lange geschwiegen haben. Das wollen wir ändern.

Hat Ihr Appell schon Gehör gefunden?

Der Bundeskongress der VVN-BdA im April in Berlin hat sich einstimmig unseren Forderungen angeschlossen. Es sollen Treffen von Opfern der Kinder- und Enkelgeneration stattfinden. Dort werden wir uns weiter austauschen. Alarmiert hat uns jetzt ganz aktuell die Tatsache, daß in Bayern vom Innenminister ein Portal gegen angeblichen Linksextremismus ins Netz gestellt wurde, mit dem Opfer des Faschismus und damit ihre Hinterbliebenen an den Pranger gestellt werden sollen. Antifaschistische Gruppe in Bayern sollen den Status der Gemeinnützigkeit verlieren.

Dagegen müssen wir uns wehren. Wichtig sind auch die Freundeskreise von Gedenkstätten, denn dort besteht leider die Tendenz, die Hinterbliebenen aus der Gedenkarbeit auszugrenzen. Wir lassen uns aber sicher nicht beiseite schieben.

U.S.

Zuspruch aus Bayern

Gefreut haben sich die vier Initiatorinnen auch über ein Schreiben der VVN-BdA aus Bayern: »Ich möchte Euch im Namen der LV Bayern für Eure Initiative danken! Verschiedene Kameradinnen und Kameraden aus Bayern haben bereits unterzeichnet.« Und natürlich über den Plan der VVN-BdA NRW, am 22.-23. Oktober 2011 das Seminar »Die Kinder des Widerstandes« durchzuführen. Wer an dem Treffen im Naturfreundehaus Solingen-Wald teilnehmen möchte, bei dem auch aktuelle Fragen des Kampfes gegen die Neonazis behandelt werden sollen, der informiere sich auf www.nrw.vvn-bda.de

U.S.

Blickwechsel auf Dortmunds Roma ging unter die Haut

Verein möchte EU-Neubürger unterstützen

Nach vielen irritierenden Medienberichten über »kriminelle Roma aus Bulgarien und Rumänien«, die in Dortmund den »Straßenstrich« bevölkern, war ein klares Signal gegen Rassismus gefordert. So hat das Bündnis »Dortmund gegen Rechts« im Juli zu einem Blickwechsel zum Thema Roma in Dortmund eingeladen. Dieser Einladung waren verschiedene Institutionen und auch diejenigen gefolgt, um die es geht: Mutige Roma-Vertreterinnen.

Im Sozialen Zentrum diskutierten etwa 60 Personen zum Thema. Nach einer chronologischen Übersicht durch Bastian Pütter von der Bodo-Initiative (Bodo ist die Obdachlosenzeitung für Dortmund und Bochum) schilderte eine Beraterin vom Sozialen Zentrum ihren Alltag: Hilfsbedürftige Roma besuchen sie, ihre Rechte und Ansprüche nicht kennend.

Und dann kamen diejenigen zu Wort, deren Rechte, deren Schicksale Dortmunds »Leitmedien« kaum einmal schildern. Unter größter Diskretion war es gelungen, Betroffene zu gewinnen, die der Versammlung berichteten. Ihre Erfahrungen, ihre Not und erlittenen Ungerechtigkeiten gingen den Zuhörern unter die Haut.

Beklommenes Schweigen, das erst Iris Biesewinkel, Mitarbeiterin von ROM e.V. aus Köln, aufheben konnte: »Da sind wir in Köln aber ein ganzes Stück weiter!« Denn in Köln habe die Stadt gemeinsam mit dem Land und dem Verein geschafft, was in Dortmund bisher anscheinend auch politisch nicht gewollt wird: den Weg der Integration. Kinder werden von der Kita bis zum Schulbesuch betreut, Beratung auf allen Ebenen, ein Blickwechsel auf die Probleme der Menschen in Not.

In der angeregt geführten Diskussion, worin auch der Mieterverein und der Planerladen ihre Beobachtungen und ihre Positionen darlegten, war am Ende klar: Auch Dortmund benötigt eine engagierte und breit vernetzte Plattform, um den Roma zu ihrem Recht zu verhelfen.

So endete der Abend mit dem Vorsatz, unmittelbar einen Verein zu etablieren, der in Dortmund Hilfe vermitteln wird. Das »Bündnis Dortmund gegen Rechts« übernimmt zunächst die Koordinierung.

Iris Bernert-Leushacke

DGB NRW: Wechsel in Friedens- und Sicherheitspolitik notwendig

Gewerkschafter fordern atomwaffenfreie Welt

Zum Antikriegstag am 1. September 2011 führte Andreas Meyer-Lauber, Vorsitzender des DGB NRW, in einer Erklärung – mit der erstmals seit langem der DGB NRW wieder Anschluss an die Forderungen der Friedensbewegung fand – folgendes:

Der DGB NRW fordert die Politik zu einem Kurswechsel in der Friedens- und Sicherheitspolitik auf. Zehn Jahre nach Beginn des Afghanistankrieges sei die Situation für die Menschen schlimmer denn je, täglich gebe es Meldungen über Opfer der Kampfhandlungen. Der Bundeswehreinsatz in Afghanistan müss daher so schnell wie möglich beendet und stattdessen die Zivilgesellschaft stärker unterstützt werden.

Die Neuausrichtung der Bundeswehr zur Interventionsarmee lehnt der nordrhein-westfälische DGB entschieden ab. »Um den zahlreichen Krisenherden auf der Welt zu begegnen, müssen wir vielmehr auf zivile politische Konfliktlösungen und auf humanitäre Hilfe setzen. Dafür muss der Rüstungsetat verkleinert und die zivile Hilfe massiv aufgestockt werden.«

Weiter schreibt der DGB: »Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für eine atomwaffenfreie Welt einzusetzen. Noch immer sind über 23 000 Atomwaffen einsatzbereit. Nach wie vor befinden sich auch auf deutschem Boden Atomwaffen. Das Ende der zivilen Nutzung der Atomkraft muss auch das Ende aller Atomwaffen sein.«

Anlässlich des diesjährigen Antikriegstages fanden in Nordrhein-Westfalen zahlreiche DGB-Veranstaltungen statt. So auch in Duisburg: Andreas Meyer-Lauber hat bei der Eröffnung der Ausstellung »Seid wachsam …« im Gewerkschaftshaus der Ruhrstadt gesprochen. Die Ausstellung erinnert an die Verfolgung von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern in der NS-Zeit. Ergänzt wird sie durch eine regionale Ausstellung der DGB-Jugend Niederrhein, die an die Ermordung von vier Gewerkschaftern am 2. Mai 1933 erinnert.

Redaktion: Ulrich Sander
Landesbüro der VVN-BdA NRW,
Gathe 55, 42107 Wuppertal,
Tel.: (0202) 450629
Unser Spendenkonto: Pbk Essen,
Konto 28212-435, BLZ 36010043